

## Vortrag

Datum RR-Sitzung: 15. März 2017  
Direktion: Gesundheits- und Fürsorgedirektion  
Geschäftsnummer: 2016.GEF.2503  
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

### **Festsetzung des kantonalen Anteils zur Abgeltung der stationären Behandlungen im Jahr 2018 für alle Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Bern**

---

#### Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>2</b>
<b>2</b>	<b>Rechtsgrundlagen .....</b>	<b>2</b>
<b>3</b>	<b>Beschreibung des Geschäfts/Vorhabens .....</b>	<b>2</b>
3.1	Ausgangslage.....	2
3.2	Grundzüge der Vorlage.....	2
3.3	Termine, Vorgehensplan, Organisation, Zuständigkeiten.....	2
<b>4</b>	<b>Verhältnis zu den Richtlinien der Regierungspolitik und anderen wichtigen Planungen .....</b>	<b>2</b>
<b>5</b>	<b>Auswirkungen auf Finanzen, Organisation, Personal, IT und Raum .....</b>	<b>2</b>
<b>6</b>	<b>Auswirkungen auf die Gemeinden .....</b>	<b>3</b>
<b>7</b>	<b>Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft.....</b>	<b>3</b>
<b>8</b>	<b>Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens / der Konsultation.....</b>	<b>3</b>
<b>9</b>	<b>Antrag.....</b>	<b>3</b>



## **1 Zusammenfassung**

Der kantonale Anteil an der Vergütung der stationären Behandlungen gemäss Artikel 49 Absatz 1 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) wird für das Jahr 2018 – wie bisher – für alle Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Bern auf 55 Prozent festgesetzt. Dadurch entstehen dem Kanton voraussichtlich Kosten in der Höhe von rund CHF 1 Mia.

## **2 Rechtsgrundlagen**

Artikel 49a Absatz 2 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG; SR 832.10)

Artikel 9a des Gesetzes vom 6. Juni 2000 betreffend die Einführung der Bundesgesetze über die Kranken-, Unfall- und Militärversicherung (EG KUMV; BSG 842.11)

## **3 Beschreibung des Geschäfts/Vorhabens**

### **3.1 Ausgangslage**

Im Rahmen der seit 2012 geltenden Spitalfinanzierung haben Kantone und Versicherer die Vergütung der stationären Behandlungen einschliesslich Aufenthalt in einem Spital oder einem Geburtshaus anteilmässig zu übernehmen. Gemäss Artikel 49a Absatz 2 KVG beträgt der kantonale Anteil mindestens 55 Prozent. Gemäss Artikel 9a EG KUMV setzt der Regierungsrat den kantonalen Anteil nach Artikel 49a Absatz 2 KVG jährlich fest.

### **3.2 Grundzüge der Vorlage**

Der Regierungsrat legt den kantonalen Anteil an der Vergütung der stationären Behandlungen gemäss Artikel 49 Absatz 1 KVG für das Jahr 2018 auf 55 Prozent fest. Ein Anteil von mehr als 55 Prozent hätte zwar mutmasslich eine dämpfende Wirkung auf die Entwicklung der Prämien der Krankenversicherer, würde aber den Kanton stärker belasten, was angesichts der finanziellen Lage nicht in Frage kommt.

### **3.3 Termine, Vorgehensplan, Organisation, Zuständigkeiten**

Gemäss Artikel 49a Absatz 2 KVG muss der Kanton jeweils für das Kalenderjahr spätestens neun Monate vor dessen Beginn den für alle Kantonseinwohnerinnen und -einwohner geltenden kantonalen Anteil festsetzen. Gemäss Artikel 9a EG KUMV setzt der Regierungsrat den kantonalen Anteil jährlich fest.

## **4 Verhältnis zu den Richtlinien der Regierungspolitik und anderen wichtigen Planungen**

Die Vorlage steht im Einklang mit den Richtlinien der Regierungspolitik und anderen wichtigen Planungen.

## **5 Auswirkungen auf Finanzen, Organisation, Personal, IT und Raum**

Gemäss Artikel 49 Absatz 1 KVG vereinbaren die Vertragsparteien (Krankenversicherer und Leistungserbringer) für die Vergütung der stationären Behandlung einschliesslich Aufenthalt und Pflegeleistungen in einem Spital oder einem Geburtshaus Pauschalen. Gemäss Artikel 49a Absatz 1 i.V.m. Absatz 2 KVG sind diese Vergütungen von den Kantonen und Versicherern zu übernehmen, wobei der Anteil der Kantone mindestens 55 Prozent beträgt. Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion rechnet bei einem Anteil des Kantons in dieser Höhe mit Kosten für die Spitalversorgung (ohne Zusatzabgeltungen) von rund CHF 1 Mia. Diese Mittel

sind im Finanzplan 2018-21 eingestellt und werden gegebenenfalls im weiteren Budgetprozess aufgrund der jeweils aktuellsten Entwicklungstendenzen angepasst.

Die Vorlage hat keine Auswirkungen auf Organisation, Personal, IT und Raum.

**6 Auswirkungen auf die Gemeinden**

Die Vorlage hat keine Auswirkungen auf die Gemeinden.

**7 Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft**

Die Vorlage hat keine Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft.

**8 Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens / der Konsultation**

Die Vorlage erfordert kein Vernehmlassungsverfahren und keine Konsultation.

**9 Antrag**

Wir ersuchen Sie, dem beigelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Beilage

Regierungsratsbeschluss